

Die Taktik der Freigeldler

Autor(en): **Marbach, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **1 (1921-1922)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weit wichtiger ist die andere Frage, wie es möglich sein wird, die Bauern für die Arbeiterbewegung zu interessieren, allenfalls als Gegner auszuschalten oder, wenn sie es sind, die vorzüglich die Rolle des Großkapitals spielen, mit Hilfe anderer Gruppen zu bekämpfen. Der Gedanke, sie als vorzüglichen Verbündeten im Kampfe um die Sozialisierung der am ehesten dazu reifen Produktionszweige zu gewinnen, ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen, ohne Zweifel. Aber die Kampfstellungen können derart wechseln, daß der Bauer weniger als jeder andere Bourgeois geeignet ist, mit dem Arbeiter zusammenzugehen.

Und das ist der Fall im gegenwärtigen Moment.

Die erste Sorge der Arbeiterklasse muß sein, zu verhindern, daß die Agrarier heute, in der Blüte ihrer politischen Kraft, durch ihre Zollpolitik und die Praxis der Einfuhrverbote die Exportindustrie ruinieren und ihr Hauptziel erreichen: die daraus resultierende Vernichtung der Arbeiterorganisationen. Erst wenn diese Epoche überwunden sein wird, darf man daran denken, mit dem Bauerntum zusammenzuarbeiten. Es wird der Bauernklasse nicht immer so gut gehen, wie es ihr während des Krieges ging und wie es ihr dank künstlicher Verlängerung der Konjunktur immer noch geht. Erst wenn diese Zeit vorüber ist, werden sie neuen Gedanken zugänglich sein. Wie man es alsdann anfangen will, ihnen solche Gedanken beizubringen, das ist die Frage der Taktik. Man kann von Partei zu Partei verhandeln. Das wäre kein Novum. Man könnte zweitausend Bergbauern organisieren, der Organisation den Namen einer „sozialistischen Bauernpartei“ geben und ein kleines Organ gründen, das die Grundsätze der neuen Partei propagieren würde, sozialistische mit allen Reservaten für die kleinen Besitzer und mit dem Ausfallstor nach rechts: Besserstellung der Bauern durch Angriff auf die Bodenschulden. Dabei würde man ja erfahren, wie die bürgerlichen Bauern sich dazu stellten. Man könnte dies und jenes tun. Nur heute nicht. Heute sind die Bauern die Hauptfeinde. Heute darf man sich bloß in den Kampfpausen fragen, was morgen zu tun sei.

Die Taktik der Freigeldler.

Von Dr. Fritz Marbach.

Im Korrespondenzblatt der schweizerischen Festbesoldeten Nr. 11 (Redaktion Nationalrat Otto Graf) steht das Resümee eines Vortrages, den Genosse Schwarz, der Geschäftsführer des S. F. F. B. (Schweiz. Freiland-Freigeldbund), der Delegiertenversammlung der Graubündener Festbesoldeten hielt.

Das Referat ist für die Beurteilung der Stellung der Freigeldler zur Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung.

Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zur Freigeldfrage war bis heute kein bestimmtes. In allernächster Zeit wird sich die Partei die Mühe nehmen müssen, zum Freiland-Freigeldbund eine feste Stellung zu beziehen. Sie wird das in doppelter Hinsicht tun müssen. Erstens wird sie die Freiland-Freigeldfrage einer materiellen Prüfung zu unterziehen haben und zweitens wird sie sich mit der Taktik der Freigeldler auseinandersetzen müssen.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei hat einen Spezialisten von Ruf (Prof. Dr. Marbach) mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die materiellen Fragen der Freiland-Freigeldbewegung beauftragt, so daß sich die Parteigenossen in Bälde ein Urteil über diese Bewegung machen können, da es an Literatur pro und kontra nicht fehlen wird.

Der materielle Inhalt einer Lehre ist jedoch nicht alles. Zu jeder Lehre und zu jedem Programm gehört eine Art „Gebrauchsanweisung“, d. h. eine Bezeichnung des Weges, auf dem das Programm zum Punkte der Zielerfüllung gelangen kann. Die Sozialdemokratie hat sich in jahrelangen Auseinandersetzungen um taktische Fragen gestritten. Heute existiert eine Kristallisation jener Auseinandersetzungen im taktischen Teil des neuen sozialdemokratischen Programms. Die These des reformistischen Hineinwachsens in den Sozialstaat ist darin mit Recht abgelehnt worden. Die These, wonach die Errichtung des Sozialstaates nur das Resultat einer politischen Machtergreifung des Proletariats mit vorübergehender diktatorischer Ausübung der Staatsgewalt durch eben dieses Proletariat sein kann, ist angenommen worden. Damit hat sich die Partei endgültig von der klassenversöhnenden Politik beispielsweise der Grütliauer oder der Vertreter der zweiten Internationale getrennt.

Um der Partei anzugehören, genügt es nicht, mit ihr dasselbe Ziel, das heißt den Willen zur Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft zu haben (was übrigens die Freigeldler nur zur Hälfte tun wollen, da sie wohl Zins und Grundrente, aber nicht den Unternehmerprofit antasten), man muß in einem weiteren Rahmen mit ihrer taktischen Auffassung übereinstimmen. Dieser weite oder sagen wir besser tolerante Rahmen ist aber nicht so weit, daß er entweder eine reformistische oder eine utopische Taktik umfassen könnte. Bekennen sich die Freigeldler zu einer reformistischen oder gar utopischen Taktik, so werden sie unmöglich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein können.

Das Referat des Geschäftsführers des S. F. F. B. vor den Fixbesoldeten des Kantons Graubünden beweist uns nun endlich klar und in aller Schärfe, daß die Taktik der Freigeldler eine rein utopische, mit der Taktik der Sozialdemokratie und ihrer historischen Erkenntnis nichts gemein habende ist.

Wenn Charles Fourier seinerzeit in Paris Tag für Tag nach demselben Platz gegangen ist, um auf den Millionär zu warten, der ihm das nötige Geld für die Errichtung seines Sozialstaates, der Phalansterien, geben sollte, so war er nicht utopischer als der Geschäftsführer des S. F. F. B.

Man höre, wie sich der Mann die Verbreitung seiner Lehre und die Verwirklichung seiner Ziele vorstellt.

„. . . Gegenwärtig herrscht immer noch die Totschweigetaktik seitens der großen Presse . . . (Den Freigeldlern gegenüber. M.)

Hier ist zuerst praktische Arbeit zu leisten: es darf nicht mehr heißen, „daß der schimpfende Abbonnent auch zahlt“, sondern jeder muß bei seinem Leibblatt den weiteren Bezug davon abhängig machen, daß es eine klare, bündige Darstellung der Freigeldlehre bringt. Wohlverstanden: eine Darstellung der Freigeldlehre! Nicht eine hämische und auf die Hauptsache nicht eingehende Kritik! Nicht daß wir eine Kritik fürchten — fordern wir sie ja doch ständig heraus —, sondern weil zuerst etwas Positives gesagt werden sollte, bevor die Kritik einsetzt.

Erste Forderung somit: Der Streik der Presse gegenüber der Freigeldlehre muß gebrochen werden.

Neben der Presse streift auch die Wissenschaft. Siebenundzwanzig Jahre gings, bis eine Besprechung der absoluten Währung in einer schweizerischen volkswirtschaftlichen Zeitung erschien. Das ist „unsere schnellebende Zeit“! Noch kürzlich mußten Studenten einer Schweizer Universität durch zwei Delegationen von ihrem Dozenten für Währungsfragen die Behandlung der absoluten Währung erzwingen! In der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft kamen wohl fünf Gegner zum Wort, aber die Antwort der Freunde wurde unter nichtigen Vorwänden abgewiesen. (Sie erschien dann als eigene Schrift.)

Zweite Forderung somit: Die Freigeldlehre muß hinein in die Schulen von unten bis oben. Der Professorenstreik muß gebrochen werden.

Wir sind mit unsern Aufgaben für die nächste Zeit noch nicht zu Ende. Auch unsere Räte streifen. Sie raten und debattieren hin und her, wie viele Franken für die Post, wie viele für das Militär usw. verwendet werden sollen. Aber was ein Franken heute ist, weiß zurzeit kein Mensch, man kann es gar nicht wissen! Bis 1914 war ein Franken 290,3 Milligramm Gold, seither ist

der Goldhandel ebenfalls ohne Gesetz und Regel. Somit beschließen zum Beispiel die Räte 40 Millionen für das Militär, zahlen auch soviel aus, wissen aber nicht, ob man bei der Auszahlung der Franken 20 Prozent mehr oder weniger kauft als zur Zeit des Beschlusses, so daß im ersten Fall die Militärausgabe eigentlich 50 Millionen, im letzteren Fall bloß 32 Millionen Kaufkraft betragen. Schon bei dieser geringen Summe eine Differenz von 18 Millionen Franken! Wie gewaltig werden aber die Differenzen bei unsern 2000 Millionen Bundesschulden! Eine Aenderung der Kaufkraft des Geldes um 20 Prozent läßt eine Differenz von 400 Millionen entstehen, die dem Schweizer-volk entweder geschenkt oder neu aufgebürdet werden!

Sind sich die Räte dieser Verantwortung bewußt? Keineswegs! Wir haben vom S. F. F. B. aus die 115 geschicktesten und beweglichsten Herren unter ihnen ausgesucht und ihnen die für diesen Fall passenden Schriften gesandt. 98 kamen retour, 7 zahlten und 10 refüsrierten zwar die Schriften nicht, wohl aber die Nachnahmen (Fr. 4).

Die Verhandlungen der Räte über das Nationalbankgesetz waren zeitweise von einem geradezu beängstigenden Tiefstand; in den Ausführungen von Nationalrat Dr. Brodtbeck (soz.) wurden beispielsweise Giroübertragungen (die die Nationalbank dazu noch doppelt bucht und rechnet) mit dem Notenstand verglichen. Es ist ungefähr dasselbe, wie wenn man den Umsatz einer Krenplerin mit dem Vermögen irgendeines Bürgers ohne weiteres vergleichen wollte. Die Rechnung von Herrn Dr. Brodtbeck passierte aber unbeanstandet; sie wurde auch dem Ständerat durch Herrn Usteri vorgelegt und blieb auch dort unangefochten!

Dritte Forderung somit: Bearbeitung unserer Räte. (Nicht aber etwa die Forderung aufstellen, die heutigen müßten heraus und Freigeldler hinein, vorher werde es nicht besser. Merken wir uns, daß die Forderungen des S. F. F. B. auch ohne die Räte, beziehungsweise gegen sie durchführbar sind auf dem Initiativwege. Wir Freigeldler werden uns sorgfältig hüten, in Wahlen zu machen; wir wollen keine Läuse in den Pelz bekommen, das heißt politische Schmarotzer züchten, denen der Sitz im Räte alles, die Not des arbeitenden Volkes Mittel — unentbehrliches Mittel — zum Zweck ist.)“

Also sprach Zarathustra-Schwarz: Brechen wir den Pressestreik! Der Professorenstreik muß gebrochen werden! Brechen wir den Streik unserer Räte! Die Nationalbank muß berannt werden! Wie, wann, womit? — Alles nach dem dritten Satz der Bibel: Und Gott sprach: Es werde Licht! Und es ward Licht! —

Es ist ein Kriterium der sozialistischen Utopisten des frühen 19. Jahrhunderts, daß sie glaubten, es genüge, die Fehler der Gesellschaft aufzudecken, um sie verschwinden zu machen. Die Freigeldler frankten am gleichen Uebel. Mit einem Unterschied:

Die utopischen Sozialisten erkannten sehr bald den Irrtum, der im Glauben liegt, soziale Umwälzungen ließen sich ohne die politische Unterstützung der benachteiligten Klassen durchführen. Sie sahen gar bald ein, daß es nicht genügt, mit einem glänzenden Programm in der Hand an Vertreter der herrschenden Klasse zu appellieren. Die unterdrückte Klasse mußte sich organisieren, und sie mußte den Willen haben, wenn nötig auf dem Wege der Insurrektion für ihre Forderungen zu kämpfen. Was sagen aber die Freigeldler? „Die Forderungen des S. F. F. B. lassen sich auch ohne die Räte, beziehungsweise gegen sie durchführen auf dem Initiativwege.“ Es ist staunenswert. Gegen alle Räte, die offenbar doch Vertreter ihrer Parteien sind und in Summa die Totalität des Schweizervolkes wenigstens formell vertreten, will der Freigeldbund seine neue Gesellschaftsordnung einführen. Aber zu einer Initiative braucht es eine Presse, die die Initiative vertritt, sonst dringt sie im Volk nie durch. „Sehr einfach,“ sagt der Freigeldler, „brechen wir den Streik der Presse!“ Wie wenn die Sozialdemokratische Partei ihre Vermögensinitiative (die wenigstens schon eine Initiative ist) zur Annahme bringen könnte, indem sie ihren Mitgliedern die Parole übermittelte: „Brecht die Macht der Presse!“ Nicht wahr, das ist einfach! In Deutschland zum Beispiel, wo das Stinnes-Konzern über zirka 70 der größten Zeitungen frei verfügt! Nun, die Arbeiter könnten es eventuell probieren. Die Probe könnte aber nichts anderes sein als eine Probe zur Revolution. Die Revolution aber wollen die Freigeldler nicht, denn das ist ja gerade das für so viele naive Lohnbezügler so Reizende an ihrer Lehre, daß sie Reform sein will, nicht Revolution. Einerseits will der S. F. F. B. keine Revolution im Sinne der sozialdemokratischen Programmklärungen (der Freigeldler begnügt sich, zu sagen, seine Reform sei die „größte denkbare Revolution“ — nämlich wenn sie gemacht ist) und andererseits will er keine parlamentarische Aktion, weil er, wie er sich so nett ausdrückt, „keine Läuse im Pelz haben will“. Der Freigeldler will nichts als eine Initiative. Eine Initiative, die keine Stütze und keine Hebe haben kann, solange sie von keiner politischen Partei getragen ist! Das kümmert den Freigeldler nicht, er bricht die Macht der Presse, er bricht den Streik der Räte, die Macht der Nationalbank und der Schule! Die Initiative ist Anfang und Ende, Antrieb und Bewegung; etwas in der Luft hängendes An-

definierbares, mit nichts als Morgensterns Knie-Gedicht zu vergleichendes :

Ein Knie geht einsam durch die Welt.

Es ist ein Knie, sonst nichts,

Es ist kein Baum, es ist kein Zelt,

Es ist ein Knie, sonst nichts. —

Der S. F. F. B. gefällt sich sehr gern in der Behauptung, er lege am meisten Wert auf die Ueberzeugung der Arbeiterschaft. Unsere Meinung ist die, daß der S. F. F. B., wenn er glaubt, eine historische Mission erfüllen zu müssen, sich an die Arbeiterschaft wenden darf. Dann darf er aber nicht auf Plakaten — wie das in Bern geschehen ist — die Arbeiter vor dem Preisabbau warnen, indem er *Arbeiterführer* mit den Bankdirektoren als die größten Feinde der Arbeiterschaft bezeichnet. Dann hat er auch die Kritik der Partei zu tragen, für seine Meinung *innerhalb* der Partei zu kämpfen, und wenn er unterliegt, sich zu fügen. Können sich die Freigeldler der proletarischen Disziplin nicht unterziehen, so sollen sie klare Stellung *gegen* die Sozialdemokratische Partei beziehen und sich — trotz aller sogenannten Feindschaft gegenüber der Politik, in der sie vermeintlicherweise „nicht machen“ — in einer selbständigen politischen Partei organisieren. Was sie bis dahin getan haben, gleicht einer Art Zellenbildung innerhalb unserer Organisation, die wir niemals dulden können. Die wir besonders deshalb nicht dulden können, weil der S. F. F. B. die Gesundung der Wirtschaft in utopistischer Verkennung der historischen Entwicklung auch von oben herab und nicht nur von unten herauf erhofft. Wie die Freigeldler zu ihrer Zeit „Sozialdemokraten“ sind, so sind sie ein anderes Mal „Fortschrittler“ oder „Grütlianer“. Es ist bezeichnend für die Taktik des S. F. F. B., daß der Fortschrittler und Bürgerpolitiker Graf in seinem Organ der Fixbesoldeten zum Herold des S. F. F. B. wird. Wer die politische Auffassung des Herrn Nationalrat Graf kennt, wird wissen, daß das eine „wenig gefährliche“ Bewegung ist, die er zu vertreten wagt. Nicht daß die Freigeldidee an sich dem Kapital ungefährlich wäre. Sicher nicht. Aber die Kapitalisten wissen, daß eine Theorie praktisch erst dann gefährlich wird, wenn ihre Anhänger bereit sind, sie mit den letzten Mitteln zu verfechten. Die Taktik des S. F. F. B. ist eine verfehlte, weil die Freigeldler, auf utopistischer Grundlage fußend, glauben, den Kapitalismus oder wenigstens seine größten Auswüchse mit Erfolg bekämpfen zu können, ohne die politische Macht eben dieses Kapitalismus zu tangieren.

Das ist es übrigens, was die Freigeldtheorie dem Spießker so lieb macht. Er kann sich in soziale Studien vertiefen, sich Kenntnisse der Gesellschaftswissenschaft aneignen und auf traurige Zustände schimpfen, ohne Gefahr zu laufen, mit dem Brotgeber in Konflikt zu geraten. Der Brotgeber weiß eben, daß die Sache so lange ungefährlich ist, als die Bewegung nicht auf die Eroberung der politischen Macht ausgeht.

Der Arbeiter hingegen muß wissen, daß die Forderungen der Freigeldler, auch wenn sie nicht so weit gehen wie die Forderungen der Sozialdemokratie, erst dann verwirklicht werden könnten, wenn die politische Macht der Bourgeoisie gebrochen ist. Der Versuch des S. F. F. B., der Arbeiterschaft diese einfache Tatsache zu verheimlichen, mutet uns fast an wie ein kapitalistisches Manöver! Eine klare S c h e i d u n g tut not!

Was uns not tut.

Von Friedrich Seeb.

Die Erfahrungen der letzten Monate in der schweizerischen Arbeiterbewegung haben aufs neue erwiesen, welche große Bedeutung einer systematischen Bildungsarbeit durch die sozialdemokratische Partei zukommt. Gewiß handelt es sich bei der durch die kommunistischen Parteispalter geschaffenen Verwirrung und Zerrüttung innerhalb der Reihen des Proletariats sozusagen um eine univervelle Erscheinung, um Auswirkungen internationalen Charakters, denen gänzlich zu begegnen nicht in der Macht der sozialistischen Partei irgend eines Landes lag. Allein so zweifelsfrei das ist, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß sich die Folgen der kommunistischen Zerstörerarbeit zu einem beträchtlichen Teil hätten vermeiden lassen, wenn unsere Partei sich in den letzten Jahren der Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Geiste des Marxismus nachdrücklicher als tatsächlich geschehen angenommen hätte. In kaum einem anderen westeuropäischen Lande — mit Ausnahme allenfalls der skandinavischen Staaten und etwa noch Englands — waren die objektiven Voraussetzungen für ein stärkeres Umsichgreifen der kommunistischen Revolutionsromantik oder Revolutionspielerei so wenig vorhanden als gerade in der Schweiz mit ihrer regionalen Zerrissenheit in zwei Duzend Kantone, der ausgesprochenen Dezentralisation ihrer Industrie, von anderen Faktoren ganz abgesehen. Wenn dennoch die kommunistische Propaganda bei uns einen relativ starken Resonanzboden finden und wenigstens in einigen